

Uneinige Entscheider

Katzbach: „Eine Gedenkstätte ist längst überfällig“, FR-Regional vom 10. März

Das Außenlager gehört zur Frankfurter Geschichte

Der Wunsch nach einer Gedenkstätte für das KZ-Außenlager Katzbach im Gallus ist mehr als nur berechtigt, und es ist eher unverständlich, dass bis heute eine solche Gedenkstätte noch nicht errichtet wurde. Das KZ Katzbach gehört zur Geschichte der Stadt Frankfurt, genauso wie die ehemalige Großmarkthalle, die in jener Zeit für den Transport von Juden genutzt wurde, wo auch eine Gedenkstätte untergebracht wurde (auch wenn eine bessere Ausschilderung zum Auffinden der Gedenkstätte wünschenswert ist).

Worin die Schwierigkeit besteht, eine entsprechende Räumlichkeit in den ehemaligen Adlerwerken zu finden, ist nicht ganz verständlich. Liegt es am Eigentümer der Fläche (Berliner Ärzteversorgung) oder dem Hauptmieter (DB), dass diese nicht willens sind, entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, was bedeuten würde, dass es an der Finanzierung liegt? Oder liegt es tatsächlich daran, dass die politischen Entscheider sich nicht einig sind, ob eine Gedenkstätte oder andere Erinnerungsformen an die dunkelste deutsche Geschichte der richtige Weg für die Erinnerungskultur sind.

Sollte dies wirklich der Fall sein, so ist es nicht verständlich,

hier eine Frage wie „Entweder das eine oder das andere“ zu stellen. Beide Formen der Erinnerungskultur müssen gefördert werden und nebeneinander existieren. Dass Bündnis 90/Die Grünen zusammen mit der CDU mit solchen Entwerder-Oder-Argumenten die Errichtung einer Gedenkstätte im Gallus abgelehnt haben, ist beschämend.

Winfried Faupel, Frankfurt

Direkte Betroffenheit an einem Ort der Gewalt

Kann es denn wahr sein, dass die Grünen nach den Morden in Hanau, den NSU-Vertuschungen tatsächlich gegen eine KZ-Gedenkstätte in Frankfurt stimmen?

Kann es wahr sein, dass sie dies mit der Begründung ablehnen, dass eine Gedenkstätte nicht zeitgemäß sei und statt dessen auf noch nicht einmal geplante „künstlerische Aktionen“ setzen?

Gegen diese ist nichts einzuwenden, aber sie ersetzen keinesfalls die direkte Betroffenheit, die sich an einem Ort nationalsozialistischer Gewalt bei den Besuchern einstellt. Als ehemalige Lehrerin weiß ich besser, dass nicht nur Schülerinnen und Schüler an solchen Gedenkstätten nachhaltig angeregt werden, sich mit Unrecht und Rassismus auseinanderzusetzen.

Kornelia Dahlhausen, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Ende der Sonntagsreden

Zu: „Demokratie verteidigen‘ – auch im Netz“, FR-Politik vom 13. März

Die Angehörigen der Opfer von Hanau haben Recht, wenn sie fordern, dass Politiker nicht mehr nur reden, sondern jetzt etwas geschehen muss. Auch wir können und wollen die Sonntagsreden nicht mehr hören.

Es ist falsch verstandene Demokratie, wenn die Grenze des Tragbaren und Sagbaren überschritten ist und der Staat nicht eingreift. Stoppt endlich die geistigen Brandstifter der AfD, die ungestraft öffentlich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit propagieren! Hier muss das Gesetz mit aller Härte angewendet werden, damit allen BürgerInnen jenseits von Rechts der Glaube an Recht und Ordnung wiedergegeben wird.

Wir fordern keinen neuen „Radikalenerlass“ wie in den 70er Jahren, der sich damals nahezu ausnahmslos gegen engagierte Linke richtete. Aber wir fragen uns, wie lange die Politik noch auf dem rechten Auge blind ist und nichts unternimmt, wenn z.B. ein Björn Höcke eindeutig gegen die Verfassungstreue eines jeden Beamten verstößt. Wir „dürfen“ ihn als Faschisten bezeichnen, aber der Faschist „darf“ weiterhin hessischer Beamter sein. Paradox!

Solange zwar demokratisch gewählte, aber mit vielen ihrer Äußerungen nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehende Politiker der AfD sich ungestraft rassistisch und menschenverachtend äußern dürfen, ist Rassismus

und Fremdenfeindlichkeit in unserem Land zunehmend „salonfähig“ geworden. Warum sollte dann der Bürger oder die Bürgerin XY sich zurückhalten? In Zeiten zunehmender Verrohung unserer Gesellschaft ist der Schritt zu körperlicher Gewalt dann nicht mehr weit.

Jetzt gilt es vehement gegenzusteuern! Demokratisches Bewusstsein fällt nicht vom Himmel. Es muss nicht nur aktiv vorgelebt, sondern auch erlernt werden. Und wo lernen unsere Kinder neben Elternhaus und sozialem Umfeld? Hier kommen Kindergarten und Schule eine tragende Rolle zu. Politische Bildung in den Schulen reicht nicht mehr. Wir brauchen ein neues Konzept – für eine „echte“ Sozialkunde und Gesellschaftslehre im wörtlichen Sinne –, das Respekt und menschliches Miteinander in allen Jahrgangsstufen altersangemessen vermittelt. Wenn die freiheitlich-demokratische Werteordnung immer mehr verloren geht, hat Schule die dringlichste Aufgabe, Defizite auszugleichen.

Aus unserer langjährigen Praxis als LehrerIn wissen wir: Hier ist noch viel Luft nach oben. Ein „Entrümpeln“ der Lehrpläne würde Zeit und Raum für neue Inhalte schaffen. Dann könnte eine Generation heranwachsen, die ohne Ausgrenzung und Hass friedlich miteinander lebt.

Renate Jäger, Bernd Balsler, Rodgau

Diskussion: frblog.de/rhetorisch

HP_0LES02FRDA - B_180334

